

Antrag

der Fraktion der CDU

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/7300 –
Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020)

Investieren. Entlasten. Zukunft schaffen. Mehr Studienplätze für Humanmedizin in Rheinland-Pfalz sichern die Ärzteversorgung

Der Landtag stellt fest:

Auf die Gefährdung der ärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz weisen die Ärzteschaft und die CDU-Landtagsfraktion bereits seit Jahren hin. Die Landesregierung steht der Entwicklung noch immer ohne geeignetes Konzept gegenüber. Die Zukunft der Ärzteversorgung in unserem Land kann nur mit einem Bündel von Maßnahmen gesichert werden. Dazu gehören zusätzliche Studienplätze.

Das Niveau der ärztlichen Versorgung wird sich mit den heutigen Kapazitäten nicht aufrechterhalten lassen. In der Erhöhung der Studienplatzzahlen liegt ein Schlüssel für die Sicherung der ärztlichen Versorgung.

Die Haltung der Landesregierung zur Frage der Anzahl der Studienplätze in Humanmedizin ist Teil des Problems. In ihrer Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion zu Situation und Entwicklung der ärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz (Drucksachen 17/973/1442) geht sie nicht davon aus, dass eine Erhöhung der Studienplatzkapazitäten dazu führen werde, dass sich mehr Absolventinnen und Absolventen eines Medizinstudiums in Rheinland-Pfalz dann anschließend auch für die medizinische Versorgung in Rheinland-Pfalz entscheiden würden. Mit dieser Haltung zementiert sie ein Ausgangsproblem, dass immer größere Auswirkungen nach sich ziehen wird – angesichts der Vielzahl der Landärzte, die kurz vor dem Ruhestand stehen. Tatsächlich würden deshalb mehr Studienplätze für Humanmedizin in Rheinland-Pfalz eine große Chance eröffnen, junge Menschen als Nachwuchsärzte für unser Land zu gewinnen. Ärzteverbände plädieren längst für ein Mehr an Studienplätzen (Deutsches Ärzteblatt Heft 9/2015, KV-Versorgungsatlas 2016). Mit den heutigen Kapazitäten werde sich das Niveau der ärztlichen Versorgung nicht aufrechterhalten lassen.

In einer gemeinsamen Pressemitteilung fordern die Landesärztekammer Hessen, Ärztekammer des Saarlandes und die Landesärztekammer Rheinland-Pfalz eine Erhöhung der Zahl der Medizin-Studienplätze um mindestens 10 Prozent. Aus der o. a. Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion zur Situation und Entwicklung der ärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz geht hervor, dass die Zahl der Studienplätze für Medizin im Sommersemester 2016 mit 2 782 knapp unter dem Wert von 2001 liegt (2 789). Das entspricht nicht dem heutigen Bedarf, bei dem berücksichtigt werden muss, dass künftig drei Ärztinnen oder

b. w.

Ärzte erforderlich angesehen werden, um zwei heute tätige Ärztinnen oder Ärzte zu ersetzen. Viel mehr Frauen absolvieren erfolgreich das Medizinstudium, sie wollen aber auch Familie und Beruf vereinbaren. Der Bedarf nach Teilzeit und neuen Arbeitszeitmodellen steigt auch im Arztberuf kontinuierlich. Auch männliche Ärzte sind nicht mehr selbstverständlich bereit, im Falle einer Niederlassung so umfassend wie viele Ärzte noch heute vor Ort verfügbar zu sein. Auch sie wünschen sich eine ausgeglichene „Work-Life-Balance“.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf, mindestens 10 Prozent mehr Studienplätze für Humanmedizin in Rheinland-Pfalz zu schaffen, um junge Menschen als Nachwuchsärzte zu gewinnen.

Für die Fraktion:
Martin Brandl